

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Draufgeschliff: Tagesblatt Meisa.  
Gemeine Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaf Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Meisa, des Finanzamts Meisa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkontor Dresden 1530  
Circulasse Meisa Nr. 52.

Nr. 230.

Dienstag, 2. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 29. 9. bis 5. 10. 23 Millionen Mark einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfacht mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. **Beste Karte**, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Rotationsdruck** und Verlag: Kanger & Winterlich, Meisa. **Geschäftsstelle: Weststrasse 59.** Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Meisa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Meisa. **Einzelverkauf: 50000.**

## Nur amtliche Meldungen über Unruhen.

Berlin, 1. Oktober. Auf Grund der Verordnung über den Ausnahmezustand ist den Zeitungen verboten worden, über ausgedehnte Unruhen andere als amtliche Meldungen zu veröffentlichen, damit nicht durch falsche übertriebene Berichte Beunruhigung hervorgerufen werde.

Vom Generalleutnant Müller, Wehrfreikommando 4, ist im Zusammenhang hiermit folgende Verordnung herausgegeben worden:

Der Herr Reichswehrminister hat, um Beunruhigungen der Bevölkerung durch Verbreitung ungeprüfter Gerüchte zu vermeiden, folgende Verordnung erlassen: Ueber Unruhen im unbesetzten Reichsgebiet dürfen von der Presse keinerlei Nachrichten außer amtlichen Mitteilungen der Militärbehörden gebracht werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1923 bestraft.

Vorstehendes wird zur Kenntnis gebracht. Der Befehlshaber, gez. Müller, Generalleutnant.

## Reichspolitik und Marksturz.

Fast widerständiger Weise ist die deutsche Wirtschaft noch immer genötigt, die Bewegung der Papiermark als einen keineswegs unerheblich gewordenen, vielmehr noch heute tief in das deutsche Leben eingreifenden, schicksalhaften Vorgang zu werten. Denn wenn auch seit der Ankündigung des neuen Geldes die Mark nur ein Zahlungsmittel auf Abbruch ist, so bleibt während der ganzen, in ihrer Dauer noch nicht absehbaren Uebergangszeit die Wirtschaft von ihr abhängig, und auch der Erfolg der neuen Währung hängt nicht zum wenigsten davon ab, daß die künftige „Scheidemünze“, wenn auch auf tiefer Stufe, eine gewisse Festigkeit bewahrt. Wie die Dinge heute liegen, kann man in dem Stand der Papiermark, die ja ein festes Wertverhältnis zu neuem Geld haben soll, sogar schon etwas wie eine Vorausverkündigung des Schicksals der kommenden Uebergangswährung sehen: einen Markstab für den Grad des Vertrauens oder Mißtrauens, das im Inland und Ausland der „Neumark“ entgegengebracht werden wird. Mindestens jedoch ist der Kurs der Papiermark für unsere unmittelbare wirtschaftliche Gegenwart entscheidend; jeder neue Sturz bedeutet, wenn nicht Schlimmeres, eine neue schwere Anwaltsstrafe.

Dies immer noch verhängnisvolle Ereignis ist aber jetzt eingetreten: Die Mark, die schon im September für einige Stunden auf einen Dollarpreis von 375 Millionen, also unter den Sonntagspreisen sank, erreichte am 1. Oktober diese Tiefe zum zweiten Male. Wie ist es dazu gekommen? Gewiß, kann man sagen, daß die amtlich aufgegebenen Mark sind keine innere Hemmungen ihres Haltens mehr verfüge, und daß, wenn nicht Blüten von außen einwirkten, das Weiterfallen des Marktes, das Stehenbleiben des Marktes und gleichsam künstliche „Scheidemünze“ wäre an sich geeigneter, hemmend als fördernd auf den Abbruch zu wirken. Die Auffassung, als solle sich nach jeder neuen Notenhochflut fast automatisch ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Menge des Reichsbankgeldes und dem Kurs des umlaufenden Papiergeldes her, so daß die gesamte Papiermark immer etwa soviel Dollars wert sei, wie die Golddeckung, läßt sich mindestens jetzt nicht mehr halten. Die Billionentausende haben längst nur noch den Goldwert, der für ein Scheidepfand ausreicht, für ein wirkliches Umlaufmittel bei weitem unzulänglich ist. Auch Reichsbankausweise, die jeweils eine Verdreifachung der Papiermarksummen melden, wären somit nicht notwendig der Ursach, den Kurs der Mark weiter zu senken. Gerade jetzt, in der Sturzzeit der Papiermark, kann man annehmen, daß die Ursaachen neuen Sturzes in höherem Grade volltätiger Art sind, als wirtschaftlich-finanzieller. Wie schon gesagt, besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen der jetzigen Bewertung der Papiermark und der Vorausbewertung des künftigen deutschen Geldes. Diese aber ist, mangels aller unbedingt sicheren stofflichen Unterlagen (Auslandsanleihen usw.), nichts anderes als der besitzerte Ausdruck dessen, was man drinnen und draußen von der Ausbreitbarkeit des deutschen Staates hält. Gerade für die geplante Uebergangswährung gibt es kaum eine andere wesentliche Bürgschaft als die Einheit und Verfügungsfähigkeit des deutschen Reiches. Gilt die als bedroht, so ist das Vertrauen zum neuen Geld im Voraus geschwunden und sogar der verächtlichste Kurs der Papiermark hat die Bedeutung eines politischen Urteils. Innerhalb mancher Parteien und in einigen Landesstellen Deutschlands sollte man das beachten. Nicht zufällig fallen die Nachrichten über die Mißbilligungen zwischen den beiden Diktaturen, die wir gegenwärtig in Deutschland haben, mit dem neuen Marksturz zeitlich zusammen.

Der Reichsrat genehmigte den Gesetzentwurf über die Errichtung einer Währungsbank, der die Schaffung eines Realfonds für ein Zahlungsmittel, die Neumark, vorsieht, die der Goldmark gleichzusetzen soll. Die Neumark wird von der vom Reich unabhängigen, durch die gesamte deutsche Wirtschaft zu errichtenden Währungsbank mit einem Kapital von 3200 Millionen herausgegeben werden. Die Noten der Bank werden gedeckt durch fünfprozentige Goldmarkrentenbriefe, die als Grundschuld auf landwirtschaftliche, industrielle und gewerbliche Grundstücke eingetragen werden und im übrigen auf Schuldverschreibungen der beteiligten Erwerbskreise beruhen sollen. Zur weiteren Deckung sollen Gold und Devisen dienen, die der

Bank zustehen. Die eingetragene Grundschuld soll auf vier Prozent des Wertbeitrages in Goldmark lauten und unzerstörlich sein. Die Rentenbriefe werden zu je 500 Goldmark ausgefertigt. Die Noten der Bank sollen gegen Rentenbriefe umgetauscht werden können. Die neue Währungsbank soll verpflichtet sein, dem Reich zu Tilgung der Reichsschuld bei der Reichsbank 1200 Millionen zur Verfügung zu stellen. Die Papiermark bleibt bis auf weiteres gesetzliches Zahlungsmittel.

## Der Blutsonntag in Düsseldorf.

74 Verwundete und 10 Tote in Düsseldorf.

Wie bis jetzt festgestellt werden konnte, gab es bei den separatistischen Unruhen in Düsseldorf 10 Tote und 74 Verletzte. Unter den Toten befindet sich ein blauer und ein grüner Polizeibeamter — 4 blaue und 9 grüne Polizisten wurden verwundet. Sämtliche Offiziere der Schutzpolizei wurden von den Franzosen verhaftet und die übrigen Schutzbeamten entlassen. Der stellvertretende Regierungspräsident, Oberbürgermeister Raddag, ferner der Kommandant der blauen Polizei, Polizeikommissar Böhrer und der Kriminaloberwachmeister Doland wurden ebenfalls verhaftet. Wie verlautet, haben die Franzosen als Begründung für das Vorgehen gegen die Schutzpolizei angegeben, daß ein französischer Offizier von ihnen verletzt worden sei. Die Vernehmung, der Separatistenwehr wurde von dem Weinhändler Böhm vorgenommen.

## Der Belagerungszustand über Düsseldorf.

Der französische kommandierende General Simon hat infolge der blutigen Vorfälle über die Stadt den Belagerungszustand verkündet. Anderen Meldungen zufolge sind die Vertreter des Magistrats der Stadt von den französischen Behörden festgenommen worden.

## Noch nicht völlige Ruhe.

Berlin. Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, blieben gestern die Unruhen infolge der frühmorgens Vorgänge vom Sonntag noch an. In den Abendstunden zeigt sich verdächtiges Gesehle, Stochtrupps der Sonderbündler usw., die sich die Entlohnung der grünen Polizei zu nütze zu machen suchen. Verstehtenfalls kann es zu Zusammenstößen zwischen Sonderbündlern und Kommunisten, die aus ihrer Sympathie für die Schutzpolizei kein Hehl machen.

## Die Pariser Presse zu den Vorgängen.

Die Pariser Morgenblätter sind voll von Berichten über die Ereignisse in Düsseldorf. Ueberstimmend wird behauptet, daß die Schuld an den Unruhen und am dem Blutvergießen einzig und allein der grünen Polizei zuzuschreiben ist. Die Blätter berichten übereinstimmend mit der Sonderagentur, daß die Zahl der deutschen Verwundeten 60 beträgt, wovon 23 in die Hospitäler eingeliefert worden sind. Im Laufe des Zusammenstoßes wurden auch französische Soldaten verwundet. Außerdem seien weitere fünf Rheinländer und zwei Schutzbeamte getötet worden.

## Amliche deutsche Meldungen.

Gegenüber den Behauptungen der Agentur Davaß sowie den Angaben anderer französischer Korrespondenten, wonach die Zwischenfälle in Düsseldorf durch das rigorose nicht gerechtfertigte Vorgehen der Schutzpolizei entstanden seien, die blühungs, und ohne herausgefordert zu sein, in die Menge eingedrungen hätten, ist auf Grund weiterer, im Laufe der Nacht eingegangener amtlicher Meldungen festgestellt, daß die Schutzpolizei erst eingegriffen hat, nachdem mehrere blaue Polizisten von den Sonderbündlern aus Schwerkeln mißhandelt und ein blauer Polizist von ihnen niedergeschossen worden war. Erst danach hat die Schutzpolizei eingegriffen und den Platz geräumt. Sodann wurde von den Sonderbündlern das französische Militär zu Hilfe gerufen, das die Schutzpolizei entlastete und es zuließ, daß die Entlohnungen mißhandelt und zum Teil aus Schwerkeln verlost wurden. Auf den Regierungskreisen ist laut Anschlag der französisch-belgischen Verwaltung der Vorwurf von getrennt ab in französischer oder belgischer Sprache zu bejahen. Diese Wahnahme hat eine heillose Verwirrung bei der Umrechnung zur Folge, da der belgische und der französische Frank zu verschiedenen Kurven gehandelt werden.

## Die Schilderung englischer Augenzeugen.

Die Abendblätter veröffentlichen die offiziöse Berliner Mitteilung über die Vorgänge in Düsseldorf, derzufolge die Franzosen zuließen, daß die entlohneten Schutzbeamten schwer mißhandelt wurden, was durch mehrere englische Augenzeugen, darunter den Düsseldorfer Sonderberichterstatter der „Daily News“, vollumfänglich bestätigt wird, der als Beweis, wie die Franzosen die separatistische Bewegung unterstützen und wie sich die französischen Besatzungstruppen bei den Vorgängen in Düsseldorf verhielten, die furchtbare Szene vor dem Breidenbacher Hof schildert, wobei entlohnete Beamte der grünen Polizei von den Separatisten zu Tode geschlagen wurden, während die französischen Kavalleristen, die diese Polizisten eskortierten, ruhig zuschauten und danach den Separatisten sogar die Hände schüttelten.

## Weitere kommunikative Ausbreitungen.

Der „Braunschweiger Landeszeitung“ zufolge kam es am Sonnabend in Halberstadt zu kommunikativen Fundgeburten. Die Polizei mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen. Von den Polizeibeamten wurden einige durch Steinwürfe leicht verletzt. Verletzungen bei der Menge sind nicht bekannt geworden.

Am Sonnabend kam es in Wolfenbüttel zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten. Die Kommu-

nisten hatten für Sonnabend mit den Besatzungen der umliegenden Reichswerke eine öffentliche Versammlung nach dem Schloßpark einberufen; die Versammlung wurde jedoch auf Grund des Verbots des kommandierenden Generals von der Polizei verhindert. Die Versammlungsteilnehmer zogen sich in die Außenstadt zurück und begingen dort Ausschreitungen gegen mißliebige Bürger, besonders gegen Angehörige des Stahlwerksbundes, wurden aber von der Polizei, die mit der blanken Waffe vorging, zurückgedrängt.

## Der Handreich in Rützin niedergeschlagen.

Ueber die Lage in Rützin wird vom Reichswehrministerium mitgeteilt: Durch sofortiges energisches Eingreifen ist der Kommandant in kurzer Zeit der Lage Herr geworden. Die Garnison ist in die Stadt eingedrungen und hat die Aufrührer im Zeughaufe eingeschlossen. Mehrere Führer wurden verhaftet.

Bei einem Entlohnungsversuch, den die Rützinschen aus Befreiung der im Zeughaufe eingeschlossenen Aufrührer unternehmen, kam es zu einem kurzen Feuergefecht. Die Rützinschen haben Verluste an Toten und Verwundeten. Bei der Reichswehr sind bisher keine Verluste gemeldet. Am Abend waren die Aufrührer im Zeughaufe von der Außenwelt völlig abgeschlossen. Die Entlohnungsaktion ist eingeleitet. Die Sicherung der Umgegend von Rützin ist im Gange. Der Einzug der auf Rützin in Mark gelehnten Verstärkungen ist nur zum geringen Teile notwendig geworden. Die Umgegend von Berlin wird durch Reichswehr und Polizei streng überwacht.

## Die Gewalt Herrschaft geht weiter.

Die Franzosen haben einen Teil des Justizgebäudes in Offen für ihre Zwecke beschlagnahmt. Der Stadverwalter wurde aufgeboten, um die deutschen Justizbeamten in Werden in das Gefängnis am Deimannshof in Offen überzuführen zu können, die Aufnahmearbeiten hierfür bis gestern Montag mittags 12 Uhr fertig zu stellen. Ein französischer Offizier erklärte, man würde die deutschen Justizbeamten in das Gefängnis laufen lassen, wenn deren althergebrachte Ueberführung in das Offener Gefängnis nicht möglich wäre. Die Stadtverwaltung hoffte, die notwendigen Arbeiten bis gestern mittags 12 Uhr fertigstellen zu können. Man vermutet, daß die Franzosen das Werderer Justizhaus ganz für sich beanspruchen werden, um es als französische Strafankstalt zu benutzen.

Die Herren Heinrich, Friß und Emil in Altenstein sind am 30. September von den Franzosen befreit worden. Die Befreiung arbeitet weiter. Die Kaserne der Leibe Emlicher wurde gleichfalls am 30. September befreit. Am 1. Oktober wurde die Hebe Karl in Altenstein befreit.

Die Franzosen beschlagnahmten am Sonnabend der Lokomotivschuppen des „Lohmer Vereins“ und transportierten vier Lokomotiven ab.

## Die britische Reichskonferenz.

London. In der Eröffnungssitzung der Reichskonferenz erklärte Baldwin, nachdem er kurz die Entlohnung der Reparationsfrage gekennzeichnet hatte, die Noten, die zwischen ihm und der französischen Regierung seit der Konferenz gewechselt worden sind, haben immer mehr Meinungsverschiedenheiten über die beste Art geeilt, von Deutschland Reparationen zu erlangen und die Wege des Friedens in Europa zu fördern. Diese Meinungsverschiedenheiten spiegeln Unterschiede im Temperament und in der Anschauung zweier Nationen wieder. Baldwin ist der Ansicht, daß nur durch enge Zusammenarbeit und Vertrauen der Verbündeten politische Ergebnisse erzielt werden können. Er drückte seine Befriedigung über die Befreiung des griechisch-italienischen Konfliktes aus und verwies auf die Rolle, die der Völkerbund hierbei gespielt habe. Er kam alsdann auf die Handhabung der britischen Schuld an Amerika zu sprechen und sagte weiter, die britische Regierung habe sich sehr gegen ihren Wunsch zu einer Verstärkung ihrer Luftstreitkräfte entschließen müssen. England würde sich freuen, mit den anderen Regierungen über eine Einschränkung der Rüstungen zusammenzuwirken, ähnlich wie dies für die Marine durch das Washingtoner Abkommen geschehen sei. Schließlich bemerkte Baldwin, daß der Umfang der Heere und der Ausgaben, die für Rüstungen aufgegeben würden, heute beträchtlicher sei als im Jahre 1914. Der Premierminister erwähnte zum Schluß, daß Lord Curzon später ausführlicher die auswärtigen Angelegenheiten erörtern werde.

## Poincaré empfiehlt Kaltblütigkeit.

Ministerpräsident Poincaré hat gestern bei der Eröffnung des Generalrats des Waasdepartements in Verviers eine Rede gehalten, in der er u. a. erklärte: Glücklicherweise dielten die französischen Truppen die Nacht am Rhein. Nach vielen Monaten der Geduld sei man in das Ruhrgebiet einmarschiert und sofort sei die erstaunlichste Kommode gespielt worden. Die Franzosen hätten wohl gewußt, daß diese unerhörten Vandalismen zur Obnmacht verdammt seien, da sie das Sammelbecken der deutschen Produktion in Händen hätten. Jetzt ist der Pöbelzeitung gekommen. Die deutsche Regierung hätte das unvermeidliche Nachgeben gern billig erkaufte. Gezwungen, anzuerkennen, daß sie den Kampf nicht mehr fortsetzen könne, habe man dieses Jugendsündnis mit feindseligen Kommentaren umgeben, in vager und zweideutiger Form habe man die Verordnungen, die den passiven Widerstand angeordnet hätten, zurückgenommen. Poincaré warnte anschließend vor zu emotionalen Aus-